

<b>Einzureichen an:</b> Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt Referat 307 Ernst-Kamieth-Straße 2 06112 Halle/Saale	Eingangsdatum bei der antragsannahmenden Stelle
--	---

<b>Antrag</b> auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den ÖPNV aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)
---

*Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!*

<b>1. Antragsteller/in</b>	
Name	Ansprechpartner
Straße, Hausnummer	Telefon/ Telefax
PLZ, Ort	ggf. Ortsteil
E-Mail	
<b>Bankverbindung:</b>	
Kreditinstitut	
IBAN	BIC
<input type="checkbox"/> Der Landkreis/ die kreisfreie Stadt leitet das Vorhaben an ein ÖPNV - Unternehmen weiter. <i>(Anlage 1 zum Antrag ist vom Verkehrsunternehmen ausfüllen)</i>	

<b>2. Unterlagen und Erklärungen</b> Erklärungen des Antragstellers
<input type="checkbox"/> Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen. Geplanter Beginn des Vorhabens: _____ Geplantes Ende des Vorhabens: _____ <input type="checkbox"/> Rechtsgrundlage zur Weiterleitung an Verkehrsunternehmen <input type="checkbox"/> Rechtsverbindliche Erklärung – Unterschriftskarte (Anlage 2) <input type="checkbox"/> Erklärung zur Anerkennung der Zweckbindung (Anlage 3) <input type="checkbox"/> Erklärung zur Auftragsvergabe (Anlage 4) <input type="checkbox"/> Erklärung subventionserheblichen Tatsachen i.S.d. Strafrechts (Anlage 5)

- Erklärung zur Einhaltung der Regelung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (Natura 2000) (Anlage 6)
- Auszug aus dem Haushaltsplan
- Gilt für juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung:
- Der Körperschafts-Freistellungsbescheid des Vorjahres ist den Unterlagen beigelegt.
  - Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist Antragsteller weder allgemein noch für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt.
  - Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt.
  - Die Umsatzsteuer ist im Gesamtfinanzierungsplan nicht veranschlagt.
- Der Finanzierungsplan des Verkehrsunternehmens sowie alle weiteren Angaben zum Antrag wurden von mir/ uns geprüft und bestätigt.
- Für das Vorhaben ist und wird keine finanzielle Förderung bei einer anderen Stelle beantragt.
- Für das Vorhaben ist oder wird eine finanzielle Förderung im Betrag von \_\_\_\_\_ EUR  
Bei \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ beantragt.
- Durch das Vorhaben entstehen keine Folgekosten.
- Durch das Vorhaben entstehen voraussichtlich nachstehende Folgekosten (bitte Art, Höhe, Träger angeben): \_\_\_\_\_
- Antragsteller unterhält keine eigene Prüfungseinrichtung.
- Antragsteller unterhält eine eigene Prüfungseinrichtung;  
Bezeichnung der Prüfungseinrichtung: \_\_\_\_\_
- Das Einverständnis zur Prüfung des Antrages durch Sachverständige/Gutachter wird erklärt.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird versichert.

Die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den ÖPNV (RdErl. des MLV vom 01.06.2017), veröffentlicht im MBl. LSA Nr. 23/2017 vom 19.06.2017 S. 300, und die sich daraus im Falle einer Bewilligung für mich/ uns ergebenden Verpflichtungen, insbesondere aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-P/ANBest-Gk), sind mir/ uns bekannt. Ich/ Wir erkenne(n) diese an. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.

Ich/ wir gewährleiste(n), dass ich/ wir als Aufgabenträger die Rechtsgrundlage für eine offene, transparente und diskriminierungsfreie Ausreichung, entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung, geschaffen haben.

Ich/ wir verpflichte(n) mich/uns, dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) Änderungen zu Antragsangaben unverzüglich mitzuteilen.

Mir/ Uns ist bekannt, dass das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/ Auskünfte zu erbringen/ zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/ wir mich/ uns damit einverstanden.

Ich/ wir erkläre(n), dass unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Ich erkläre/ Wir erklären, dass gegen mich / uns kein Widereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden Produktionstätigkeit eingeleitet wurde, und dass ein derartiges Verfahren nicht kurz bevorsteht.

Ich bin/ Wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle (Saale) erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU, an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes, des Bundes und der EU-Kommission übermittelt, von diesen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir / uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir / uns bekannt, dass ich / wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann / können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich / wir uns damit einverstanden, dass mein / unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht werden.

Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Sie tragen bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko.

Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenden im beiliegenden Merkblatt genannten Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe/n ich/wir vor Antragstellung noch nicht begonnen.

Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks.

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Erklärung subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch und ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

.....

**(Ort und Datum)**

.....

**(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)**

*Hinweis: Der Antrag ist in zweifacher Ausfertigung beim Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt einzureichen!*